

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952

46 (23.2.1952)

ETTLINGER ZEITUNG

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pf. — (Preisliste Nr. 3.) (Tel. aufgegeben. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

Badischer Landsmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

4. 53. Jahrgang

Samstag, den 23. Februar 1952

Nr. 46

Winter-Olympiade

Zwei Goldmedaillen für Deutschland

Ostlers Viererbob und Ehepaar Falk erfolgreich
Am dritten Tag der Olympischen Winterspiele in Oslo gab es einen doppelten Erfolg der deutschen Teilnehmer. Der Sieg Anderl Ostlers und seiner Mannschaft im Viererbob brachte eine Goldmedaille ein. Das Ehepaar Eia und Paul Falk errang die Goldmedaille im Eiskunstlaufen der Paare. (Bericht im Sportteil.)

Dr. Lehr kapituliert vor Weiberfasnacht

Bonn (UP). Auf Veranlassung einer Gruppe von acht Frauen ist Bundesinnenminister Dr. Lehr von seinem Amt zurückgetreten, (wie es heißt, auf die Dauer von rund 24 Stunden). Damit haben die Frauen des Bundesinnenministeriums für die Zeit der Weiberfasnacht die Macht in die Hand genommen. Sie übernahmen für die gleiche Zeit das Kommando über die Grenzschutzpolizei und das Amt für Bundesverfassungsschutz. Verhandlungen mit dem Bundeskanzleramt sollen fehlgeschlagen sein, da, wie ein führendes Mitglied des Amtes erklärte, „die laufenden Arbeiten nicht erlauben, das Heft auch nur auf Minuten aus der Hand zu geben“.

Kummernuß gegen Wehrbeitrag

Gewerkschaftstag der ÖTV beendet — Fette sprach in Essen

Hamburg (UP). Mit der einstimmigen Wiederwahl von Adolf Kummernuß zum ersten Vorsitzenden der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) fand der erste Gewerkschaftstag der ÖTV seinen Abschluß. Vor seiner Wiederwahl hatte sich Kummernuß sowohl gegen einen deutschen Wehrbeitrag als auch gegen den „Ohne-mich“-Standpunkt ausgesprochen. Er müsse zunächst eindeutig geklärt werden, ob Deutschland in Königsberg oder Calais verteidigt werden solle. Außerdem müßten erst die notwendigen sozialen Voraussetzungen in der Bundesrepublik geschaffen werden, und schließlich wolle die deutsche Jugend wissen, ob „Hitlers Generäle nochmals Peiniger der deutschen Jugend“ werden sollen. Kummernuß erklärte weiter, diese abweichende Haltung der ÖTV auf dem Bundesvorstandssitzung des DGB am 28. und 29. Februar in Düsseldorf nachdrücklich vertreten zu wollen.

Auf Grund einer Entschließung des Gewerkschaftstages will die ÖTV mit den Gewerkschaften des Saargebietes durch den Austausch von Publikationen und Referenten zu einer engen Zusammenarbeit auf arbeitsrechtlichen, sozialpolitischen und tarifpolitischen Gebiet kommen.

Anlässlich der Eröffnung des „Amerika-Hauses“ in Essen wandte sich der DGB-Vorsitzende Christian Fette gegen den Vorwurf, die Deutschen seien von Natur aus für eine demokratische Staats- und Lebensform ungeeignet. Das deutsche Volk gebe in seiner überwiegenden Mehrheit mit gutem Willen daran, in seinem Lande demokratische Grundsätze fest zu verankern, es lehne eine Diktatur, gleich welcher Richtung, entschieden ab. Demokratie müsse wachsen; alles müsse vermieden werden, was das Werden der deutschen Demokratie irgendwie belasten könnte, betonte Fette. Unter diesem Aspekt müßten auch die Verhandlungen gesehen werden, die in diesen Tagen und Wochen über eine Neuordnung des Verhältnisses der westlichen Alliierten zur Bundesrepublik geführt würden. Diese Verhandlungen seien nicht nur für die Zukunft Deutschlands von großer Bedeutung, sondern auch für die Verankerung des demokratischen Gedankens in der Gegenwart.

Polizeiaktion mit Mord und Plünderung

Verschärfung der Lage in Tunesien

Tunis (UP). Ein tunesischer Sprecher beschuldigte die französischen Truppen des Mordes, der Vergewaltigung und der Plünderung bei der Durchführung von Polizeiaktionen in Tunesien. Nach der Darstellung des Sprechers hat eine von der tunesischen Regierung durchgeführte Untersuchung ergeben, daß bei den Polizeioperationen in Tunesien von französischen Truppen fünf Kinder getötet und zehn Frauen vergewaltigt worden seien. Außerdem seien zwei Moscheen geschändet und eine Anzahl heiliger Bücher der Muselmanen zerstört worden.

Zu gleicher Zeit trat in New York der aus 15 Nationen bestehende arabisch-asiatisch-afrikanische Block im Hauptquartier der UN zusammen, um die Resolution vorzubereiten, die dem Sicherheitsrat vorgelegt werden soll und in der festgestellt wird, daß die Haltung Frankreichs in Tunesien als eine Bedrohung der internationalen Sicherheit und des Friedens anzusehen sei.

Inzwischen ist der französische Generalpräsident Jean de Hautecloque mit neuen Instruktionen von Paris nach Tunis zurückgekehrt. Tunesische nationale Kreise erklärten, daß der Generalpräsident in Paris die Anweisung erhalten habe, in Tunesien Sabotage und Unruhen zu verhindern.

Bonn verlangt Verhandlungsfrieden

Bundesregierung zum Grotewohl-Brief — Frankreich will nicht antworten

Bonn (UP). Die Bundesregierung betonte in einer offiziellen Erklärung, daß sie auf ihrem Recht, für ganz Deutschland einen Verhandlungsfrieden zu verlangen, bestehe. Sie forderte die Beteiligung einer frei gewählten gesamtdeutschen Regierung an der Vorbereitung eines Friedensvertrages.

Die Erklärung ist eine Antwort auf das Schreiben des Ostzonen-Ministerpräsidenten Grotewohl an die vier Besatzungsmächte, in dem dieser eine Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages vorgeschlagen hatte.

Ein Friedensvertrag, der die Einheit, Freiheit, Unabhängigkeit und Sicherheit Deutschlands gewährleisten würde, war und sei das Ziel der Bundesregierung, heißt es in der Bonner Stellungnahme. Es sei notwendig, daß der Friedensvertrag mit einer freigestellten gesamtdeutschen Regierung so bald wie möglich vereinbart werde. Die Westmächte hätten der Bundesregierung zugesichert, daß ein Verhandlungsfriede und kein Diktatfrieden mit Deutschland geschlossen werde. Die Bundesregierung bestehe auf diesem Recht für ganz Deutschland. Es liege bei der Sowjetregierung, das gleiche Zugeständnis für ihren Teil zum Ausdruck zu bringen.

Auf der Friedenskonferenz müsse Deutschland durch eine vom gesamten deutschen Volk in freier und geheimer Wahl autorisierten Regierung vertreten sein. In dem Schreiben Grotewohls sei eine Beteiligung Deutschlands an der Friedenskonferenz und dem Friedensvertrag überhaupt nicht erwähnt worden. Die Bundesregierung werde sich aus dem Bewußtsein ihrer Verantwortung für ganz Deutschland heraus stets dagegen wehren, daß sich „das diktatorische Regime der SED zum Sprecher eines Drittels unseres Volkes bei der Gestaltung seiner Zukunft macht“.

Die französische Regierung wird, wie in Paris bekannt wurde, auf das Schreiben Grotewohls nicht antworten. Von informierter Seite wurde erklärt, Grotewohls Schreiben sei nicht den üblichen diplomatischen Weg gegangen und erfordere deshalb auch keine offizielle Antwort.

Der Interzonenhandel

Die Bundesregierung bedauert, daß es trotz des von ihr bewiesenen guten Willens immer noch nicht möglich gewesen ist, das Interzonenhandelsabkommen in Gang zu setzen.

In einer Mitteilung des Bundespresseamtes wird dazu erklärt, das Interzonenabkommen sei am 20. September 1951 unter der Voraussetzung unterzeichnet worden, daß der Warenverkehr zwischen dem Bundesgebiet und Westberlin unbehindert durchgeführt werden

könne. Diese Erwartungen hätten sich leider nicht auf allen Gebieten erfüllt, insbesondere sei eine befriedigende Regelung in der wichtigen Frage der Behandlung der Warenbegleitscheine für Sendungen aus Westberlin in das Bundesgebiet nicht zu erreichen gewesen. In den letzten zwei Monaten sei mit Vertretern der Sowjetzone erneut verhandelt worden. Die Vertreter der Bundesrepublik seien hierbei in ihren Zugeständnissen bis an die Grenze des noch Verantwortbaren entgegengekommen. Es sei den Vertretern der Ostzone aber offenbar nicht gelungen, für die Absprache die Zustimmung der sowjetischen Kontrollkommission zu erreichen. Die Bundesregierung werde bemüht bleiben, für den Warenverkehr mit der Ostzone eine die Interessen der Wirtschaft voll berücksichtigende Regelung zu finden.

Krise in der SED

Über 500 000 Mitglieder seien seit Januar 1947 aus der SED ausgetreten oder ausgeschlossen worden, heißt es in einer Denkschrift des SPD-Vorstandes über die organisatorische und ideologische Entwicklung in der SED. Die Staatspartei in der Ostzone sei heute organisatorisch und ideologisch schwächer als zu Beginn der sogenannten Umwandlung der SED in die Partei „neuen Typus“ nach dem Vorbild der Kommunistischen Partei in der Sowjetunion. Die SED habe zur Zeit 1,2 Millionen Mitglieder.

Nuschke aus Rußland zurück

Der stellvertretende Ministerpräsident der Ostzone und Vorsitzende der Ost-CDU, Otto Nuschke, ist von einem schwächlichen Kurzaufenthalt in der Sowjetunion nach Ostberlin zurückgekehrt. Mit der Rückkehr Nuschkes werden in Ostberlin offiziell noch nicht bestätigte Vermutungen laut, wonach innerhalb der Pankower Regierung Personalveränderungen bevorstünden, die in erster Linie das Außenministerium betreffen. Außenminister Dertinger ist angeblich daran interessiert, seinen Posten an den Staatssekretär Anton Ackermann (SED-Politbüro-Kandidat) abzutreten und dafür den Vorsitz der Ost-CDU zu übernehmen, die von der sowjetischen Kontrollkommission als wichtigstes Instrument für Infiltrationsversuche nach dem Bundesgebiet angesehen und gestützt wird. Da die Doppelstellung als Minister und Parteivorsitzender für Nuschke auf die Dauer zu anstrengend sei, soll er sich, wie weiter verlautet, auf seine Tätigkeit als Minister beschränken, zumal er nach sowjetischem Eindruck über gewisse Einflußmöglichkeiten auf westdeutsche Politiker verfüge.

Versicherungspflichtgrenze erhöht

Kabinettsverabschiedet Gesetzentwurf — Lukaschek: „Lastenausgleich unzulänglich“

Bonn (UP). Das Bundeskabinett verabschiedete einen Gesetzentwurf über die Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze in der Krankenversicherung auf 500 DM monatlich, der Angestellten-Versicherung auf 700 DM monatlich und der knappschaftlichen Versicherung auf 800 DM im Monat. Der Gesetzentwurf soll im Bundesrat und Bundestag beschleunigt behandelt und am 1. April 1952 in Kraft treten.

Infolge der geplanten Erhöhung der Versicherungspflicht für Angestellte — Arbeiter sind ohne Rücksicht auf das Einkommen versicherungspflichtig — müssen viele Angestellte in Zukunft der Sozialversicherung beitreten, die bisher keine Krankenversicherungs- oder Angestelltenversicherungs-Beiträge gezahlt haben. Die bisherigen Grenzen lagen bei DM 375— monatlich für die Krankenversicherung und DM 600.— für die Angestelltenversicherung. Die Grenze in der Knappschaftsversicherung ist zur Zeit DM 700.—.

Um Härten zu vermeiden, stent der Gesetzentwurf vor, daß Personen, die nach den bisherigen gesetzlichen Vorschriften nicht versicherungspflichtig waren und sich privat versichert hatten, diese Verträge vorzeitig aufheben können.

Die Erhöhung der Versicherungspflichtgrenzen geht auf einen Beschluß des Bundestages vom Herbst vorigen Jahres zurück. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Löhne seit 1948 um 22 Prozent und die Gehälter um durchschnittlich 20 Prozent gestiegen seien. Durch eine höhere Versicherungspflichtgrenze sollen alle diejenigen, die durch die steigenden Löhne und Gehälter über die Grenze hinausgekommen sind, wieder versicherungspflichtig gemacht werden. Die Beitragsätze in der Arbeitslosenversicherung sind entsprechend der höheren versicherungspflichtigen Einkommen in dem Gesetzentwurf aufgestockt worden. Die ursprüngliche Angleichung der Bestimmungen auf diesem Gebiet in allen drei Zonen wurde jedoch noch zurückgestellt.

Der jetzt vorliegende Entwurf eines Lastenausgleichsgesetzes wird von den Vertriebenen — an ihrer Spitze Bundesführerminister Dr. Lukaschek selbst — als „unzulänglich“ bezeichnet. Wie in Bonn bekannt wurde, hat

Dr. Lukaschek dem Kabinett eine Reihe detaillierter Vorschläge gemacht, um das Aufkommen aus dem Lastenausgleich zu erhöhen und die Ausgleichsleistungen entsprechend zu steigern.

Nach dem vom Bundestagsausschuß für den Lastenausgleich erarbeiteten Gesetzentwurf würde das Aufkommen jährlich etwa 2,2 bis 2,3 Milliarden DM betragen. Nach Abzug der fixen Kosten, wie Kriegsschadenrente und Vermögensschädigung würden nach Auffassung des Bundesführerministers für die Hausrentenschädigung und für die sehr wesentliche Eingliederungshilfe nur rund 900 Millionen DM übrig bleiben. Die Hausrentenschädigung würde aber nach dem im Gesetzentwurf vorgesehenen Sätzen allein 500 Millionen DM kosten, so daß für produktive Leistungen zur Eingliederung der Vertriebenen keine Mittel vorhanden sein würden.

Zusätzlich verlangt Dr. Lukaschek einen Zuschuß des Bundes von etwa 440 Millionen DM jährlich, davon 190 Millionen DM zur Zahlung von Teuerungszulagen für die Kriegsschadenrente. Den Rest soll die öffentliche Hand in den Lastenausgleichsfonds als Ausgleich für die ersparten Kriegsfollowlasten zahlen. Über die Gewährung eines Zuschusses in Höhe von etwa 200 Millionen DM im Jahr aus öffentlichen Mitteln soll auf Wunsch des Bundeskanzlers noch verhandelt werden.

Kein Haushaltsgesetz 1952

Das Bundeskabinett verabschiedete noch eine Gesetzesvorlage über die Feststellung des Bundeshaushaltplans 1952, deren Artikel 1 die Weitergeltung des alten Haushaltplanes bestimmt, soweit sich aus dem Haushaltgesetz nichts anderes ergibt. Da sich die Verabschiedung des Nachtrages für den Haushalt 1951 verzögert habe und damit die Vorlage des neuen Haushalts 1952 bis zur zweiten Hälfte dieses Jahres hätte hinausgeschoben werden müssen, sei ein neuer Weg beschritten worden: Die Bundesregierung sieht von der Neuaufstellung eines 52er-Haushalts überhaupt ab und dehnt die Wirksamkeit des Haushalts 1951 materiell und formal auf das neue Jahr aus. Die Bundesregierung verabschiedete ferner die Entwürfe für das Kartellgesetz und das Personenstandsgesetz.

Tschiang und der rote Spion

Von Eduard Funk

In einem kleinen Luxushotel von Tainan saßen unlängst einige nationalchinesische Stabsoffiziere und unterhielten sich im „vertrauten“ Kreis, zu dem allerdings zwei Detektive gehörten, über allerlei militärische Angelegenheiten, die ein Uneingeweihter als streng geheim einschätzen mußte. Seit einiger Zeit wußte man nämlich in Tainan, wo in einer feudalen Villa Generalissimus Tschiang Kai Shek sein Hauptquartier aufgeschlagen hat, daß auf rätselhaft Weise wichtige Informationen aus seiner Umgebung bis nach Peking gelangt waren.

Auf der Suche nach den „Verrätern“ kam man auf die Spur jenes Hoteliers in Tainan, in dessen kleinem Klubzimmer einige Offiziere ihren Stammtisch aufgeschlagen hatten. Deshalb wollte man nun die Probe auf Exempel machen: die Offiziere sollten fingierte Gespräche führen und die Detektive Beobachtungen anstellen. Als jedoch in der Nacht eine Polizeistreife das Lokal betrat, lagen sämtliche Offiziere, die Detektive, die Kellner und der Wirt in tiefem Schlaf; man hatte ihnen ein Narkotikum in die Speisen und Getränke gemischt. Nur ein Angestellter des Hotels fehlte: der Serviermeister.

War der Plan der nationalchinesischen Abwehr verraten worden oder hatte der schlaue Spion die Gesichter der Detektive gekannt? Noch hat dieses Rätsel niemand gelöst und ebensowenig weiß man bis heute, welcher gefährliche Agent sich hinter der Maske eines Serviermeisters verbarg. Und doch gibt es hierfür wahrscheinlich Anhaltspunkte. Denn der Chef der gesamten kommunistischen Spionage auf Formosa ist ein gewisser Li Weng Ta, der früher einmal in einem bekannten Pariser Restaurant chinesische Speisen zubereitete. Seine Anwesenheit auf Formosa ist der Abwehr Tschiangs zwar schon lange bekannt, aber bisher gelang es ihr trotz aller Anstrengungen nicht, den raffinierten Burschen zu fassen.

Ungeschied ist nämlich Tschiang Kai Shek Polizei durchgesehen nicht. Alle paar Tage tritt in der Kommandantur von Taipeh ein Kriegesgericht zusammen, dem ein rundes Dutzend Agenten vorgeführt wird. Mit ihnen gibt es kein Erbarmen, denn Formosa befindet sich ja im Kriegszustand mit Peking; darum knallen nach jedem Urteil draußen auf dem Rennplatz der Stadt die Gewehre des Hinrichtungskommandos.

Sonst aber geht es in dieser Stadt, die eine der seltsamsten Mischungen von althinesischer Tradition und mondäner, amerikanisch beeinflusstem Leben darstellt, recht friedlich zu. Wackelige Risikas, deren Kulis mit Fahrradpedalen ihr Gefährt bewegen, rollen in gefährlichem Tempo durch das Gewühl modernster amerikanischer Limousinen, die mit ohrenbetäubendem Hupenlärm die schwerfälligen Ochsenskarren der Eingeborenen aus der Fahrbahn drängen.

Eng und geräuschvoll sind diese Straßen, in die phantasiebegabte Händler ihre bunten Fahnen gehängt haben, mit denen sie ihre Waren anpreisen. Dabei zeichnen sich die formosener Kaufleute recht vorteilhaft gegenüber ihren Festlandkollegen aus, denn sie sind erstaunlich ehrlich. Aber ihre Geschäfte gehen schlecht, obwohl fast jeder zweite von ihnen einen Lautsprecher über seiner Ladentüre hängen hat, der Jazz oder althinesische Weisen in die schmalbrüstigen Häuserschluchten schreit wie die Händler zu verkaufen haben, ist nämlich viel zu teuer, obwohl sie ein Sortiment anbieten, das erstaunlich ist: Neben dem billigen Reinstrohhut hängt das mondänste „Gedicht“ aus Hollywood, neben dem einfachen Haumesser die beste Schweizer Uhr. Soviele Amerikaner, wie sie die Kaufleute von Taipeh, Taiwan oder Keelung herbeiwünschen, gibt es aber zu ihrem Leidwesen nicht auf der Insel; an Zuckerwerk, Eis und Mineralwasser wird andererseits zu wenig verdient.

In Taipeh muß man jedoch in Gesprächen vorsichtig sein, die etwas mit Politik oder dem herrschenden Regime zu tun haben, denn in der Stadt residieren zwei Generale, mit denen nicht gut Kirschen essen ist (N.B. auf Formosa gibt es keine Kirschen!). Der eine von ihnen ist Tschiang Tsching Kuo, der älteste Sohn Tschiang Kai Sheks. Ihm untersteht die Propaganda innerhalb der gesamten nationalchinesischen Armee, womit er praktisch eine Kontrollfunktion in allen Befehlsstellen erlangte.

Nicht minder gefürchtet ist sein jüngerer Bruder Tschiang Wei Kuo, der als Chef der Panzertruppen es sich sogar leisten konnte, General Sun Li Yen, dem nominellen Oberbefehlshaber sämtlicher Streitkräfte auf Formosa, den Gehorsam zu verweigern. Wie gefährlich dies werden kann, zeigt am besten die Tatsache, daß Sun Li Yen vor einjährig Jahren zehn Generale aufhängen ließ, weil sie nicht parierten. Aber dem Sohn des Marschalls wird er wohl kaum einen Strich um den Hals legen lassen, indes Tschiang Kai Shek sich selbst bisher noch nicht bemüht hätte, entscheidend einzugreifen. Vielleicht paßt ihm sogar dieser Streit recht gut ins Konzept, damit er jederzeit die seinem Sohn unterstehenden Panzertruppen gegen Sun Li Yen ausspielen kann, falls dieser zu ehrgeizig wird.

USA wollen Ungarn anklagen

MacArthur unterstützt Eisenhower nicht
Washington (UP). Die USA haben beschlossen, den Fall der von Ungarn „Jugoslawen“ vier amerikanischen Flieger vor die UN zu bringen und Ungarn wegen „Verletzung der Menschenrechte“ anzuklagen. Es handelt sich um die vier amerikanischen Flieger, die sich am 19. November auf einem Flug von Deutschland nach Jugoslawien verfliegen hatten und von sowjetischen Flugzeugen gezwungen wurden, in Ungarn notzulanden. Sie wurden dort vor Gericht gestellt und schließlich gegen eine Lösegeld von 120 000 Dollar freigelassen.

Der amerikanische General MacArthur gab eine Erklärung heraus, aus der zu entnehmen ist, daß er die Nominierung General Eisenhowers zum republikanischen Präsidentschaftskandidaten nicht unterstützt, da er von Eisenhowers politischen Überzeugungen keine Kenntnis habe und auch seine Ansichten zu vielen schwerwiegenden Fragen nicht kenne, vor denen unsere Nation heute steht.

Präsident Truman gab auf dem Frühstück einer Freimaurervereinigung, das alljährlich zu seinen Ehren veranstaltet wird, zu, daß er sich in der Rolle des Präsidenten ganz wohl fühle. „Es ist ein Beruf mit Tag- und Nachtarbeit“, sagte er, „und, unter uns gesagt, mir macht er Spaß.“ Truman fügte hinzu, offensichtlich auf die Presseangriffe gegen sich selbst anspielend: „Wenn ein Bursche in dieser Stellung nicht weidlich heruntergemacht wird, tut er nicht viel.“

Großbritannien verständigungsbereit

Maher Pascha ist zuversichtlich
Kairo (UP). Der ägyptische Ministerpräsident Ali Maher Pascha erklärte, daß er eine Note des britischen Außenministers Eden erhalten habe, aus der hervorgehe, daß Großbritannien zu einer Verständigung im britisch-ägyptischen Konflikt bereit sei. Die Note sei zwar kein formeller Vorschlag zur Wiederaufnahme der Verhandlungen, zeige aber den Wunsch zur Verständigung, da die Briten jetzt eingesehen hätten, daß sie notwendig sei. Auf die Frage, wann die Verhandlungen beginnen würden, sagte Maher Pascha: „Sobald ich mich mit den Parteiführern in Verbindung setze.“ Die Verhandlungen würden auf derselben Grundlage erfolgen, auf der sich die Nation seit 1919 geeinigt habe.

Anschließend hielt Maher Pascha eine Rundfunkrede an die ägyptische Jugend, in der er sie zur freiwilligen militärischen Ausbildung aufforderte und sie ermahnte, ihr Leben für die Erfüllung der nationalen Bestrebungen Ägyptens zu opfern, wenn andere Methoden nicht zum Ziel führten.

Malenkow „zweiter Mann“ in Moskau?

Berlin (UP). Generalissimus Stalin soll nach Informationen aus der sowjetischen Kontrollkommission in Berlin-Karlshorst Georgi M. Malenkow den Vorsitz über das Organisationsbüro der Kommunistischen Partei der Sowjetunion übertragen haben. Nach sowjetischer Darstellung ist der 51 Jahre alte Malenkow, der in jüngster Zeit wiederholt als möglicher Nachfolger Stalins genannt wurde, damit zum „zweiten Mann“ in der Rangfolge des Kremls aufgerückt. Den Vorsitz des Organisationsbüros führte bisher Stalin persönlich neben seinen Ämtern als Premierminister und Generalsekretär der KP. Die Ernennung Malenkows soll, wie aus den informierten Kreisen weiter verlautet, auf dem nächsten Kongreß der Kommunistischen Partei der Sowjetunion bestätigt werden. Das Organisationsbüro rangiert in seiner Bedeutung zwischen dem Politbüro und dem Zentralsekretariat der KP der Sowjetunion. Es hat die Aufgabe einer „Kontrollkommission“ innerhalb der sowjetischen Staatspartei.

General Eisenhower wird Anfang nächsten Monats nach Athen kommen, um mit griechischen Militärs und Regierungsvertretern die Zahl der Divisionen festzulegen, die Griechenland der NATO unterstellen wird.

Eine Abordnung ehemaliger Berufsunteroffiziere überreichte in Bonn Bundesinnenminister Dr. Lehr eine Denkschrift zur sozialen und versorgungsgerechten Lage der Berufsunteroffiziere.

40 000 Auswanderer aus Europa wollen die USA im laufenden Jahr aufnehmen. Als weitere Aufnahmeland werden Kanada, Lateinamerika und Australien genannt.

Die Verhandlungen über einen Verteidigungspakt zwischen den USA und Mexiko sind abgebrochen worden. Die Mexikaner sahen sich außerstande, alle amerikanischen Vorschläge anzunehmen.

Mit der Herstellung von Uran will die Südafrikanische Union in Kürze beginnen. Das Uran soll aus goldhaltigem Gestein gewonnen werden.

Deutschland will iranisches Erdöl beziehen wie die Teheraner Presse meldet. Ob es sich um west oder ostdeutsche Firmen handelt, ist nicht bekannt geworden.

US-Hochkommissar McCloy nimmt auf Einladung General Tschukowks an einem Empfang in der Sowjetbotschaft in Berlin anlässlich des 34. Jahrestages der Roten Armee teil.

Fünf Milliarden Dollar (über 21 Milliarden DM) wollen die jüdischen Delegierten auf der demnächst stattfindenden Wiedergutmachungskonferenz als Reparationszahlungen von Deutschland fordern.

Die Hauptverhandlung gegen Auerbach, den ehemaligen Präsidenten des bayerischen Landesentschuldigungsamtes, ist auf 2. April festgesetzt worden.

Die vermutlich letzte Bombardierung Helgolands fand am 21. Februar statt. Seit Freitag ist die Insel, die am 1. Mai endgültig frei werden soll, von einem siebenköpfigen deutschen Polizeikommando besetzt.

General der Flieger a. D. Alexander Anzä, während des zweiten Weltkrieges deutscher Oberbefehlshaber auf Kreta, kehrte nach sechsjähriger Haft in Griechenland nach Deutschland zurück.

Atlantikrat billigt die Europa-Armee

Sicherheitsgarantien für Deutschland bestätigt - Faure braucht mehr Waffenhilfe

Lissabon (UP). Der Ministerrat der NATO (Nordatlantikpakt-Organisation) billigte endgültig die Aufstellung der geplanten Europa-Armee aus Truppenkontingenten Frankreichs, Deutschlands, Italiens und der drei Beneluxstaaten. Sie soll etwa 1,43 Millionen Mann umfassen und aus 43 Infanterie-, Panzer- und motorisierten Divisionen von 12 000 bis 13 000 Mann, die „im Fall eines Notstandes“ um je 2000 Mann vergrößert werden sollen, bestehen.

Die Armee korps sollen aus drei Divisionen bestehen und einschließlich der Nachschub-Organisationen 80 000 Mann zählen. Offiziere jeder Nationalität, einschließlich der Deutschen, sollen berechtigt sein, ein Armee korps zu kommandieren und im gemeinsamen Generalstab vertreten zu sein.

Der Ministerrat der „NATO“ bestätigte ferner folgende Beschlüsse, die die Außenminister der drei Westmächte in London mit Bundeskanzler Dr. Adenauer gefaßt hatten:

- 1. Zwischen der „NATO“ und der Europa-Armee werden gemeinsame Beratungen abgehalten, wenn die Gefahr eines Angriffs vorliegt. Somit wird Deutschland seine Stimme zur Geltung bringen können.
2. Die Sicherheitsgarantien der NATO-Staaten werden auch auf Deutschland ausgedehnt.

3. Eine indirekte Kontrolle des deutschen Rüstungspotentials wird aufrechterhalten. Danach wird die Herstellung von Atombomben, ferngelenkten Geschossen und Waffen schweren Kalibers in „gefährdeten Gebieten“ verboten.

Der Rat der Außenminister-Stellvertreter der „NATO“ wird ermächtigt, den Vertragsentwurf über die Europa-Armee zu bestätigen, sobald dieser von juristischen Sachverständigen fertiggestellt ist. Dies dürfte in etwa sechs Wochen erfolgen. Außerdem sind Übergangsbestimmungen vorgesehen, die bis zum 1. Januar 1954 Gültigkeit haben sollen, falls der Vertrag noch in diesem Jahr ratifiziert wird.

Der Ministerrat der NATO nahm ferner zusammen mit der Billigung des Planes der Europa-Armee zur Kenntnis, daß die Befreiung Deutschlands sofort mit dem Inkrafttreten des Generalvertrages zwischen den drei alliierten Mächten und Deutschland aufhört, wenn der Vertrag über die Europa-Armee ratifiziert ist.

Die Größe der Europa-Armee wird voraussichtlich erst nach einem Jahr endgültig entschieden werden können. Frankreich kann, wie verlautet, statt der vorgesehenen 14 Divisionen bis Ende des Jahres nur 12 Divisionen aufstellen. Diese 12 Divisionen können aber auch nur dann ins Leben gerufen werden, wenn eine weitere Milliarde Dollar Geldmittel zur Verfügung steht.

Aus gut-unterrichteten Kreisen der NATO-Konferenz verlautet, daß die endgültige Anzahl der Divisionen der Europa-Armee noch keineswegs feststeht. Die Anzahl der deutschen Divisionen hängt praktisch von der

Höhe der Mittel ab, die Frankreich zur Verfügung stehen, um 1952 zwölf Divisionen aufzustellen. Die französische Nationalversammlung hat ausdrücklich die Forderung erhoben, daß die Zahl der französischen Divisionen der Europa-Armee niemals von der Anzahl der deutschen Divisionen übertraffen werden darf.

Der französische Ministerpräsident Faure und seine Berater sind aus diesem Grunde erneut mit dem amerikanischen Finanzminister Snyder und Verteidigungsminister Lovett zu einer Sondersitzung zusammengetreten, um die Frage zu klären, ob eine Erhöhung der amerikanischen Waffenhilfe an Frankreich möglich ist. Von französischer Seite wurden offizielle Berichte bestritten, daß darüber bereits eine Einigung erzielt sei. Aber man nimmt in Konferenzkreisen an, daß die Differenz zwischen den französischen finanziellen Möglichkeiten und den benötigten Mitteln auf der Konferenz allmählich überbrückt wird.

Für die Außenminister Schuman, Eden und Acheson war es ein großer Triumph, als der Vorsitzende des Atlantikrates, Kanadas Außenminister Pearson, vor die Mikrophone trat und vor einer überfüllten Pressekonferenz die Annahme des Planes für die Europa-Armee verkündete, der noch vor zwei Wochen wegen der deutsch-französischen Auseinandersetzung als ein utopischer Wunschtraum erschien.

Außenminister Schuman sprach als erster. Seine Kollegen ließen ihm den Vortritt, auf Anerkennung für seinen Kampf in der französischen Nationalversammlung. Er sagte: „Ich bin mehr denn je davon überzeugt, daß die europäische Verteidigungsgemeinschaft in jeder Hinsicht erfolgreich sein wird. Es ist der einzige Weg, auf dem Deutschland in die gemeinsame Verteidigung Westeuropas aufgenommen werden konnte. Für Frankreich ist die Annahme des Planes besonders befriedigend. Ich bin überzeugt, daß es keine unüberwindlichen Hindernisse mehr gibt.“

Als Nächster sprach mit sehr bewegter Stimme der britische Außenminister Eden: „Wie viele von Ihnen in diesem Raum gehören zu einer Generation, deren Leben sich entweder im Kriege oder im Schatten eines Krieges abspielte. Wir wissen, was es für die Zukunft der Welt bedeuten würde, wenn dieses tapfere Experiment verwirklicht werden kann.“

Außenminister Acheson ließ das Ereignis als „Vertreter einer überseeischen Nation“ willkommen und sagte: „Wir sind heute dem Ziel, das am Ende unseres langen Weges liegt, beträchtlich näher gekommen. Es gab sehr große Schwierigkeiten. Aber in den letzten zwei oder drei Wochen wurden sie überwunden. Der Schritt, den wir heute getan haben, ist ein großer Schritt vorwärts für die künftige europäische Entwicklung, nicht nur auf militärischem Gebiet. Er zeigt die führende Rolle, die Vitalität und die Vorstellungskraft Frankreichs. Er widerlegt die düsteren Prognosen und läßt die Morgenröte ahnen.“

Verhandlungen über Finanzbeitrag

Konferenz Adenauer-Hochkommissare ohne Entscheidung - Flugzeugproduktion untersagt

Bonn (UP). Bundeskanzler Adenauer verhandelte über fünf Stunden lang in Begleitung von vier Mitgliedern seines Kabinetts mit den Hochkommissaren über die endgültige Festsetzung des deutschen Verteidigungsbeitrages. Dabei gelang es ihm nicht, mit den Vertretern der Westmächte eine Einigung über die strittige Summe erzielen zu können.

Die Konferenz soll am Samstag fortgesetzt werden. Ob der Bundeskanzler auch an dieser zweiten Beratung teilnehmen wird, steht noch nicht fest. Die deutsche Delegation hat sich mit den Alliierten vor allem noch nicht über die Höhe derjenigen westdeutschen Zuwendungen für Berlin einigen können, die als Verteidigungsbeitrag anerkannt werden sollen. Grundsätzlich hätten der Kanzler und seine Begleiter — die Bundesminister Blücher, Schäffer und Erhard sowie Staatssekretär Hallstein — aber zu erkennen gegeben, daß der von den „drei Weisen“ in ihrem Gutachten empfohlene deutsche Gesamtbeitrag von jährlich 11,25 Milliarden DM durchaus diskutabel sei, wenn die Berlinhilfe voll anzurechnet werde. Die Sitzung war nach dreistündiger Dauer einmal unterbrochen worden, um den Delegationsmitgliedern Gelegenheit zu weiterer Prüfung der Materie zu geben.

Am Samstag wollen die Deutschen und die Alliierten versuchen, durch einen Kompromiß doch noch eine rasche Verständigung über die endgültige Höhe des deutschen Gesamtbeitrages zu erzielen. Vizekanzler Blücher hatte die bisherigen Verhandlungen als „sehr schwierig“ bezeichnet.

Die Grundlage der an die Londoner Außenministerkonferenz anschließenden Beratungen war das vom NATO-Sonderauschuß der „drei Weisen“ ausgearbeitete Gutachten. Darin war nur ein Teil der Berlin-Hilfe als Verteidigungsleistung anerkannt worden. Die drei Westmächte hatten gegenüber der von den „drei Weisen“ ermittelten 11,25 Milliarden-Summe einen deutschen Beitrag von 13 Milliarden DM pro Jahr verlangt. Die Bundesrepublik hatte zunächst 10,6 Milliarden angeboten, zeigte sich aber dann bereit, auf die Ziffer des NATO-Ausschusses einzugehen, wenn die Berlin-Hilfe voll anerkannt werde. Vermutlich wird es jetzt zu einer Zwischenlösung kommen, bei der die endgültige Fixierung der anrechenbaren Berlinbeiträge einer späteren Regelung überlassen bleibt, um möglichst schnell der Lissaboner NATO-Konferenz ein vorläufiges Ergebnis zustellen zu können.

Wie inzwischen in Bonn bekannt wurde, haben Bundeskanzler Adenauer und die drei Außenminister der Westmächte während ihrer Londoner Konferenz keine Einigung über

eine mögliche deutsche Flugzeugproduktion nach der Aufhebung der alliierten Industriekontrollen erzielen können.

Vor allem von Frankreichs Außenminister Schuman sei gegen die Wiederaufnahme einer deutschen Flugzeugproduktion — auch für zivile Zwecke — Einspruch erhoben worden. Die Anglo-Amerikaner hätten sich kompromißbereiter gezeigt. Der Bundeskanzler soll sich aus grundsätzlichen Erwägungen gegen ein solches Verbot gewandt haben, verlautet von Teilnehmern der Londoner Konferenz. Er habe darauf hingewiesen, daß Deutschland so wies in absehbarer Zeit gar keine Flugzeuge herstellen könne, weil ihm die Kapazität und das dafür notwendige Kapital fehle. Auf der anderen Seite würde aber ein prinzipielles Verbot gegen den Grundsatz der Nicht-Diskriminierung verstoßen.

Auch über die Herstellung von explosiven Treibladungen für Geschosse oder Raketen in der Bundesrepublik konnte keine Einigung erzielt werden. Trotz der großen Kapazität der deutschen chemischen Industrie wehren sich die Alliierten — mit Frankreich als Sprecher — gegen eine deutsche Produktion von Nitro-Glyzerin, Dynamit, Pulver und anderen Treibladungen für militärische Zwecke. Sollte es über diesen Komplex zu keiner Verständigung mehr kommen, würde eine künftige deutsche Munitionsproduktion erheblich erschwert sein.

Auf der anderen Seite scheint, wie es in Bonn heißt, zwischen den Alliierten und dem Kanzler Einverständnis darüber zu herrschen, daß gewisse schwere Waffen — wie Panzer, Bomber, schwere Geschütze, Raketen und ferngelenkte Geschosse in der Bundesrepublik überhaupt nicht hergestellt werden sollten.

Man prüft in Bonn gegenwärtig die Möglichkeiten zur Verlagerung eines Teiles der künftigen deutschen Rüstungsindustrie in „unverwundbare“ Gegenden und untersucht dabei die Chancen für ein neues deutsches Rüstungszentrum in Nordafrika. Unterrichtete Kreise machen darauf aufmerksam, daß Jugoslawien beispielsweise in Kürze außerhalb des Landes mit der Herstellung von Atomwaffen beginnen wolle.

Sechs Todeskoffer gab es bei einer Explosion in einer großen Zellulosefabrik nördlich von Mailand. Zwei Arbeiter wurden lebensgefährlich verletzt.

Für die Ernennung Wilhelm Holzpfels zum neuen Gesandten der Bundesrepublik in Bern hat die Schweizer Regierung ihr Agrément erteilt.

Nationalchinesen rüsten zum Angriff

Aufmarschgebiet Burma — Geheimkonferenz in Singapur

Rangun (UP). Der stellvertretende Herausgeber der in Rangun erscheinenden Zeitung „Nation“, Myint, berichtete nach seiner Rückkehr von einer Informationsreise in das burmesische Grenzgebiet über große nationalchinesische Truppenkonzentrationen entlang der Grenze der chinesischen Provinz Juennan. Nach den Aussagen von Myint treffen die nationalchinesischen Verbände Vorbereitungen für einen Angriff auf die rotchinesische Grenzprovinz. Wie ihm ein nationalchinesischer Offizier mitteilte, soll der Angriff erfolgen, sobald ein zweiter Flugplatz in den Gebieten Ostburmas fertiggestellt ist. Die Stärke der Verbände bezifferte Myint auf 13 000 Mann, darunter 900 Soldaten, die auf Befehl Generalissimus Tschiang Kai Scheks von Formosa nach Osturma abgestellt wurden. Hinzu kämen 3500 Mann Partisanenverbände, die aus der burmesischen Bevölkerung rekrutiert worden sind. Vier Städte Ostburmas befinden sich fest in der Hand der Kuomintangtruppen. Monghsat, eine dieser Städte, verfüge über einen modernen Flugplatz mit Zement-Start- und Landebahnen.

In Singapur findet zur Zeit eine Geheimkonferenz statt, auf der wahrscheinlich Verteidigungsfragen Südostasiens besprochen werden. Vermutlich nehmen an der Konferenz die Militärratschefs aller drei Waffen-gattungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs teil.

Aufstand in koreanischem Lager

70 Tote — In Pan Mun Jon wird weiter gefeilscht

Pusan (UP). Koreanische Zivilinterne wurden getötet und 142 verwundet, als USA-Truppen einen Aufstand niederschlugen, der in dem Lager Kojoe Do ausgebrochen war. 1500 Lagerinsassen gingen gegen die US-Lagerwache mit Stöcken, Hufeisenschellen, Zeltberingen und anderen handgemachten Waffen vor. In dem Handgemenge wurden ein US-Soldat getötet und 23 verletzt.

Der Zusammenstoß geschah, als Vertreter der UN das Lager betreten, um zu überprüfen, wer von den Inhaftierten in Südkorea bleiben möchte. Es heißt, daß der Aufstand von langer Hand vorbereitet gewesen sei. Das gehe schon aus der Verfertigung der benutzten Waffen hervor, die neben Steinen und Messern gegen die Bewachungsmannschaften zur Anwendung kamen.

In Pan Mun Jon lehnten die alliierten Unterhändler erneut die Anerkennung der Sowjetunion als eine der „neutralen Mächte“ zur Überwachung des Waffenstillstandes ab. Über die Anzahl der Nachschubflüge, die überwacht werden sollen, konnte keine Einigung erzielt werden. Die Kommunisten erklärten sich bereit, die Zahl der Flüge auf fünf auf jeder Seite zu erhöhen, falls die Alliierten mit einem monatlichen Truppenaustausch von nur 30 000 Mann einverstanden wären. Die Alliierten erklärten sich bereit, die Flüge auf je sechs zu beschränken und 35 000 Mann im Monat auszutauschen. Bisher hatten die Alliierten auf sieben, die Kommunisten auf vier Flüge bestanden.

Die antiliche rot-chinesische Nachrichtenagentur „Neues China“ verbreitete einen Leitartikel des in Peking erscheinenden „Volksblattes“, in dem die USA beschuldigt werden, koreanische und chinesische Kriegsgefangene für „bakteriologische Experimente“ zu verwenden. Außerdem behauptet das Blatt, daß 1000 koreanische Kriegsgefangene und gefangen genommene Anhänger Ho Tschu Minhs aus Indochina von einem britischen Frachter nach Amerika gebracht worden seien, wo man sie bei Atombombenversuchen verwendet habe.

Flucht mit Hilfe des Bettlakens

Lüneburg (UP). Aus dem Gerichtsgefängnis in Ulzen in der Lüneburger Heide sind während der Nacht fünf Straf- und Untersuchungsgefangene ausgebrochen. Die Flüchtigen, die 20 bis 23 Jahre alt sind, haben keinen festen Wohnsitz. Die bisherige Fahndungsaktion blieb ergebnislos. Ein in der Zelle zurückgebliebener Gefangener will von der Flucht der Häftlinge „nichts gewußt und bemerkt haben“. Wie die Ermittlungen ergaben, haben die Häftlinge innerhalb kurzer Zeit die vor dem Fenster der Zelle befindlichen Eisengitterstäbe herausgesägt und sich nach Eisenstegen des vor dem Fenster befindlichen Blechschirms aus dem ersten Stock an den zusammengeknoteten Bettlaken in den Hof heruntergelassen. Vermutlich sind sie mit einem in Ulzen entwendeten Lastkraftwagen in unbekannter Richtung geflüchtet.

30 km lange Heuschreckenschwärme

Bagdad (UP). Die irakischen Behörden bereiten eine Groß-Kampagne gegen riesige Heuschreckenschwärme vor, die die südlichen Provinzen des Landes bedrohen. Motorisierte Überwachungstreifen beobachten die Bewegungen von neun großen Schwärmen, von denen jeder etwa 30 Kilometer lang und vier bis acht Kilometer breit ist. Es wird befürchtet, daß dies der Beginn für eine allgemeine Heuschreckepilge im gesamten Nahen Osten sein könne.

In einer gemeinsamen Sitzung der Präsidien des „Deutschen Bauernverbandes“ und des „Raiffeisenverbandes“ ist die Schaffung eines „Gemeinschaftsausschusses der deutschen Milchwirtschaft“ beschlossen worden. Der Ausschuss soll die einheitliche Regelung aller milchwirtschaftlichen Fragen übernehmen.

Das US-Landwirtschaftsministerium hat jetzt die Einfuhr von 39 294 000 lbs (17 822 300 Kilogramm) Käse aus dem Ausland genehmigt. Westdeutschland liefert insgesamt 16 352 Kilogramm.

Die sechste Offenbacher Lederwarenmesse wurde nach sechztägiger Dauer beendet. Sie wurde von rund 25 000 in- und ausländischen Einkäufern besucht. Die Exportumsätze waren verhältnismäßig gut.

Umschau in Karlsruhe

1. Hauptversammlung der badischen Sänger Karlsruhe (swk). Der Badische Sängerbund, der 1949 in Rastatt wiedergegründet wurde, hält am 2. März in Offenburg seine erste Hauptversammlung ab. An ihr werden etwa 1000 Delegierte teilnehmen, die mehr als 50 000 Mitglieder des Badischen Sängerbundes vertreten.

Unter der Eisdecke ertrunken

Karlsruhe (swk). Bei dem Versuch, die Eisdecke einer Kiesgrube bei Wörth zu durchstoßen, stürzte ein 27jähriger Arbeiter ins Wasser und geriet unter das Eis. Seinen Arbeitskameraden gelang es nicht, ihn zu retten. Erst die Karlsruher Feuerwehr, die nach einigen Stunden gerufen wurde, konnte den Ertrunkenen bergen.

Aus der badischen Heimat

Beginn der Reinhardshofumsiedlung

Wertheim (swk). Seit einigen Tagen ziehen 73 Familien aus dem ehemaligen Fliegerhorst des Reinhardshofes bei Wertheim, der jetzt von der Besatzungsmacht wieder für militärische Zwecke Verwendung findet. Die Umsiedlung der restlichen 300 Familien soll zum Ende des Monats vor sich gehen. Die Umzugskosten trägt das Besatzungskostenamt.

Alter schützt vor Torheit nicht

Mannheim (swk). Ein 74 Jahre alter Rentner lernte auf der Straße eine 26jährige Frau kennen. Beinahe wie in seiner Jugend brannte sein Herz lichterloh. So zog er sich denn mit der Maid in eine Wirtschaft zurück, reichte froh und munter und trat dann mit der so heiß Geliebten den Heimweg an. Bei einer zärtlichen Umarmung blieb die Geldtasche an den Händen der Angebeteten kleben und entschwand mit ihr. Die Verfolgung konnte der Bestohlene nicht aufnehmen. Dazu immerhin waren seine Glieder doch zu alt.

Tödlicher Sturz am Arbeitsplatz

Mannheim (swk). In einer Zellstofffabrik auf dem Waldhof war ein 39 Jahre alter Arbeiter mit Holzschellen beschäftigt. Dabei rutschte er auf der nassen und gefrorenen Masse aus, fiel rücklings herunter und zog sich einen Schädelbruch zu, an dessen Folgen er im Krankenhaus starb.

Das Problem neuer Rheinbrücken

Mannheim (ld). Der im vergangenen Jahr von den Städten und Landkreisen Mannheim, Ludwigshafen, Heidelberg, Frankenthal und Viernheim gegründete Zweckverband „Kommunale Arbeitsgemeinschaft Rhein-Nekar GmbH.“ hat seine eigentliche praktische Arbeit begonnen. Sie ist von den beteiligten Städten beauftragt worden, Pläne und Unterlagen zur Lösung des Problems neuer Rheinbrücken zwischen Mannheim und Ludwigshafen auszuarbeiten.

Mannheim. Die US-Einheiten in der Olean-Kaserne in Mannheim wollen im Rahmen des GYA-Programms für die deutsche Jugend zusammen mit einem deutschen Bürgerausschuß in Sandhofen-Schönau ein Jugendheim errichten. (swb)

Schüleromnibus verunglückt

Heidelberg (swk). In einer Kurve am Ortsausgang von Erbach im Odenwald streifte ein Schüleromnibus einen entgegenkommenden Lastzug und fuhr anschließend gegen einen Baum. Mehrere Kinder wurden bei dem Aufprall schwer verletzt. Die beiden Fahrzeuge konnten auf der gewölbten Fahrbahn nicht weit genug nach rechts ausweichen.

Im Gefängnis überfallen

Heidelberg (swk). Als ein Gefangenewärter im Amtsgefängnis in Wiesloch drei Jugendliche nach der Arbeit in ihre Zellen zurückbringen wollte, wurde er von hinten niedergeschlagen und erheblich verletzt. Die Jungen konnten dann jedoch von dem Anstaltspersonal überwältigt und an einen sicheren Ort im Landesgefängnis Mannheim deponiert werden.

Für spätere Archäologen

Heidelberg (swk). In den Grundstein des neuen Schulhauses in Neukirchen wurde ein großes Archiv zeitgenössischer Urkunden eingemauert. Die Kasette enthält: Eine Grußbotschaft an kommende Generationen, eine Darstellung der bisherigen Schulverhältnisse, Fotos, eine Fliegeraufnahme des Dorfes und zwei Tageszeitungen mit den Berichten über die Bonner Wehrdebatte. Auch ein Kästchen mit allen heimatischen Getreidearten wurde beigelegt.

Heidelberg. Die Sozialistische Reichspartei wird für die Wahlen zur Verfassunggebenden Landesversammlung des neuen südwestdeutschen Bundeslandes am 9. März in allen Kreisen Nordwürttembergs und Nordbadens Kreiswahlvorschläge einreichen. (swb)

Heidelberg. Der Sprecher der Sudeten-

deutschen Landmannschaft und 2. Vorsitzende des Bundes der vertriebenen Deutschen, Dr. Lodgman von Auen, wird am 4. März anlässlich der „März-Gedenkfeier“ der Sudeten-deutschen in Heidelberg sprechen. (swb)

Gefängnisstrafe für Unterschlagung im Amt

Weinheim/Bergstraße (swk). Das Schöffengericht Weinheim verurteilte den ehemaligen Geschäftsführer des Weinheimer Verkehrsvereins wegen Unterschlagung und Veruntreuung im Amt zu vier Monaten Gefängnis und 200 DM Geldstrafe. Der Angeklagte hatte während seiner dreijährigen Dienstzeit der ihm anvertrauten Kasse etwa 1000 DM „für Repräsentationszwecke“ entnommen. Das Gericht berücksichtigte bei der Strafbemessung die soziale Lage des Angeklagten. Er war vor drei Jahren mit einem Gehalt von 220 DM eingestellt worden, das

1951 auf 357 DM erhöht wurde. Während seiner dreijährigen Tätigkeit waren dem Angeklagten insgesamt 170 DM für Spesen-zwecke gewährt worden.

Walldürn. Der älteste Priester der Erzdiözese Freiburg, Pfarrer Wilhelm Both, ist im 89. Lebensjahr in Hardheim gestorben. Er war jahrzehntlang als Pfarrer in Walldürn tätig. (CN)

Landräte erörtern Südwest-Probleme

Pforzheim (swk). Die nordbadischen Landräte erörtern auf einer Dienstbesprechung in Pforzheim in einer allgemeinen Aussprache die mit der Bildung des neuen südwestdeutschen Bundeslandes zusammenhängenden Probleme. Beschlüsse wurden nicht gefasst. An der Tagung nahmen der Präsident des Landesbezirks Nordbaden, Dr. Veit, sowie Ministerialrat Staiger und Regierungsdirektor Schnarrenberger teil.

Bohrversuche stoßen auf Schwierigkeiten

Lahr (ld). Die Bohrversuche der Gewerkschaft Elwerath, Hannover, in der Gegend von Lahr, sind auf Schwierigkeiten gestoßen, weil die durchbohrte Kesselschicht wegen ihrer geringen Zusammenhaltkraft nachrutscht. Jetzt hat man versucht, das Bohrloch auszubetonieren. Die Bohrversuche sollen bis in eine Tiefe von 2000 Meter weitergetrieben werden. Nach zweimonatiger Bohrzeit hat man erst die 400-Meter-Grenze erreicht.

Lahr. Die Industrie- und Handelskammer Mittelbaden in Lahr arbeitet zur Zeit eine Denkschrift über die für den Wiederaufbau der gewerblichen Wirtschaft Kehls notwendigen Mittel aus. (sw)

Oberkirch. Der Monteur Oskar Asal aus Oberkirch im Renchtal ist mit 80 Jahren noch berufstätig. Seit 53 Jahren arbeitet er in derselben Fabrik. (ld)

Eine Autobahn Karlsruhe—Basel

Nur mit ausländischem Kredit

Freiburg (swk). In den Kreisen der badischen Wirtschaft und des Fremdenverkehrs werden zur Zeit in vermehrtem Umfang wieder Stimmen zur Fortsetzung der in Karlsruhe endenden Autobahn nach Basel laut. Die Forderungen werden untermauert durch statistische Erhebungen über die Verkehrsfrequenz, die bei Rastatt nicht weniger als 8000, bei Freiburg noch 7000 Fahrzeuge in 24 Stunden festgestellt haben. Die Pläne für den weiteren Ausbau der Autobahn werden zur Zeit in Rastatt neu ausgearbeitet. In der Schweiz und den angrenzenden deutschen Gebieten befürwortet man einen Baubeginn bei Basel mit Übergang am Otterbach. Bis Schliengen soll die Bahn den Rhein entlang geführt werden. Große Sorgen bereitet natürlich die Finanzierung des Projektes, da der Bundesrepublik für Straßenbauten im neuen Haushaltsplan nur 40 Millionen DM zur Verfügung stehen. Bei den zuständigen Stellen ist man der Auffassung, daß sich der Plan nur mit Hilfe ausländischer Kredite in die Tat umsetzen läßt.

Dünnhaupt in Berlin verhaftet

Gerichtliche Verhandlung am 3. März

Freiburg (swk). Der in einem der größten Schmuggelprozesse der Nachkriegszeit mitangeklagte Vertrauensmann der südbadischen Zollfahndung Dünnhaupt ist in Westberlin verhaftet worden. Dünnhaupt war in die Sowjetzone geflüchtet. Er soll auf dem Luftweg nach Freiburg befördert werden, um noch rechtzeitig zu der am 3. März vor der Großen Strafkammer des Landgerichts stattfindenden Verhandlung einzutreffen. Zusammen mit Dünnhaupt ist in dem Prozeß der frühere Leiter der südbadischen Zollfahndung, Karl Klingenschmidt, angeklagt. Dünnhaupt wird Betrug in zwei Fällen mit Beträgen von 25 000 DM und 16 500 DM Einfuhrvergehen in zwei Fällen, Unterschlagung von 6000 DM und Erpressung in Höhe dieser Summe vorgeworfen. In der Voruntersuchung hatte Dünnhaupt ausgesagt, er sei für die südbadische Zollfahndung als „Agent provocateur“ tätig gewesen.

Der Prozeß gegen Klingenschmidt und seine Mitangeklagten wird mindestens 14 Tage be-

GROSS FORMAT

MEHR QUANTITÄT MEHR QUALITÄT*

*Das Großformat hat die Eigenschaft, das Tabakaroma hochqualifizierter Mischungen zu letzter Entfaltung zu steigern. So bietet die Lux nicht nur ein mengenmäßiges, sondern vor allem auch ein qualitatives Mehr.

ansprechen. Bei der Verwendung wird der Schmuggel von 24,5 Tonnen Zigaretten und 52 Tonnen Rohkaffee eine wesentliche Rolle spielen. Ferner soll die illegale Einfuhr von weiteren 132 900 kg Rohkaffee, 1 841 731 kg Schokolade, 112 527 kg Kakao, 16 825 kg Margarine und 1530 kg Wollgewebe aufgeklärt werden.

Freiburg. Der Badische Fremdenverkehrsverband Schwarzwald-Bodensee-Oberrhein hält am 20. März seine diesjährige Jahreshauptversammlung in Badenweiler ab. (ld)

Saisonbeginn in Badenweiler

Badenweiler (swk). Das Thermalbad Badenweiler im südlichen Schwarzwald hat dieser Tage die diesjährige Saison eröffnet. Seit Montag ist das Markgrafentbad der Staatlichen Bäderverwaltung den Kurgästen wieder zugänglich. Auch das Hallenschwimmbad, die anderen Thermalbäder und sonstige Badeeinrichtungen stehen zur Benutzung offen.

Finanzamt steckt die Nase in Müllheim

Singen (SWK). Da die Müllabfuhr in Singen erheblich unter dem Mangel dazu notwendiger Geräte litt, entschloß sich die Stadtverwaltung, eine Mülleimeraktion durchzuführen. Besonders die minderbemittelte Bevölkerung sollte zu ermäßigten Preisen in den Besitz dringend notwendiger Tonnen gebracht werden. Die Sache lief auch recht gut an. Da aber meldete sich in diesen Tagen das Finanzamt und machte gebührend darauf aufmerksam, daß der Stadtverwaltung aus der Verteilung der Mülleimer eine Umsatzsteuerpflicht entstehe. Der bisherige Preis erhöht sich damit um etwa 3 DM. Der Stadtrat will gegen diese bürokratische Verteuerung Einspruch erheben.

Brandgeruch überführte Brandstifter

Eppingen/Baden (swk). Ein 31jähriger Mann versuchte in Eppingen, den Speicher seines Wohnhauses in Brand zu setzen. Er übergab zu diesem Zweck dort lagerndes Brennholz mit Benzin und setzte es in Brand. Dann lief er zur Polizei und gab an, er sei eben im Hausgang seines Hauses überfallen und niedergeschlagen worden. Bei der Überprüfung seiner Angaben fiel der Polizei aber der Brandgeruch auf, der noch an den Kleidern des Mannes haftete. Es gelang ihr, ihn dadurch der Brandstiftung zu überführen. Der Brandstifter gab als Begründung seiner Tat an, er habe ursprünglich die Absicht gehabt, wegen zerrütteter Familienverhältnisse in dem brennenden Haus Selbstmord zu begehen. Das Feuer konnte gelöscht werden, bevor größerer Schaden entstand.

Stockach. Nachdem die Maul- und Klauenseuche im Kreis Stockach bereits nahezu erloschen war, ist die Seuche jetzt in zwei Ställen in Gözinszen ausgebrochen. (ld)

Lest die Etlinger Zeitung

CDU für zwei Regierungsbezirke

Sitzung des CDU-Verfassungsausschusses

Karlsruhe (ZSH). Der Verfassungsausschuß der CDU der drei Länder des neuen südwestdeutschen Bundeslandes hat in Karlsruhe in einer Sitzung als staatliche Mittelinstanz bei der Errichtung des neuen Bundeslandes Regierungsbezirke vorgeschlagen. Für die Übergangszeit sollen zunächst vier Regierungsbezirke gebildet werden. Nach Ablauf der notwendigen Übergangszeit soll das neue Bundesland in zwei Regierungsbezirke gegliedert werden. Der Verfassungsausschuß der CDU empfiehlt außerdem die Errichtung von zwei Landeskomunalverbänden. Der Ausschuß vertritt die Ansicht, daß diese Ordnung eine wesentliche Entlastung der Ministerien und damit eine volksnahe und sparsame Verwaltung bringe.

Sieben Parteien in Württemberg-Baden

Landesergänzungsvorschlag der „Partei Schwaben“ abgelehnt

Stuttgart (swk). Der Landeswahlausschuß für Württemberg-Baden ist unter dem Vorsitz von Regierungsdirektor Rodmann im Innenministerium in Stuttgart zu einer öffentlichen Sitzung zusammengetreten, um sie von den Parteien bis Meideschluß eingehenden Landesergänzungsvorschläge für die Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung am 9. März zu prüfen.

Der Ausschuß, dem Vertreter der politischen Parteien angehören, hat nach Prüfung der eingereichten Unterlagen die Landesergänzungsvorschläge folgender Parteien zugelassen: 1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) (15 Kandidaten), 2. Christlich-Demokratische Union (CDU) (28 Kandi-

daten), 3. Demokratische Volkspartei (FDP) (29 Kandidaten), 4. Deutsche Gemeinschaft-BHE (20 Kandidaten), 5. Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (Richtung Kraft) (18 Kandidaten), 6. Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) (28 Kandidaten), 7. Sozialistische Reichspartei (SRP) (19 Kandidaten).

Nicht genehmigt wurde vom Ausschuß ein von der „Partei Schwaben“ (PS) eingereicher Landesergänzungsvorschlag. In dem Wahlvorschlag waren drei Kandidaten genannt. Der Landeswahlausschuß vertrat die Ansicht, die PS habe nicht nachgewiesen, daß sie eine „Partei im Landesmaßstab“ sei. Nach den gesetzlichen Bestimmungen können nur „Parteien im Landesmaßstab“ Landesergänzungsvorschläge einreichen. Die Wahlausschüsse in Stuttgart haben am Freitag die Kreiswahlvorschläge der „Partei Schwaben“ ebenfalls nicht zugelassen. Die im Jahre 1949 von Ingenieur Mühleisen gegründete Partei ist bis jetzt wenig an die Öffentlichkeit getreten.

Zum Namensstreit zwischen der Deutschen Gemeinschaft-BHE und dem Landesverband Württemberg-Baden des Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten vertrat der Landeswahlleiter die Auffassung, daß diese Frage nur von einem ordentlichen Gericht entschieden werden kann. Der Landeswahlleiter wurde ermächtigt, eine Namensberichtigung vorzunehmen, falls dies durch Gerichtsbeschluß notwendig werden sollte. Außerdem wurden die Kommunistische und die Sozialistische Reichspartei für die Wahlen zur Verfassunggebenden Landesversammlung in Württemberg-Baden zugelassen.